



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

E/XVI/150 - 7. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Flammen an der Ruhr ?</u> Sorgen und Forderungen der Bergarbeiter	35
2a	<u>Im Kreuzfeuer</u> Die Abwertung der Gerstenmaier-Erklärung durch Adenauer und Ulbricht	44
3 - 4	<u>Keine "Wehrbegeisterung", aber Wehrbereitschaft in Österreich</u> Bewährte Zusammenarbeit zwischen beiden großen Parteien Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	70
5	<u>Kassens Griff nach Kuwait</u> Motive und Hintergründe nach wie vor undurchsichtig Von Manfred von Juterzenka	48
6 - 7	<u>Zeitgeschehen...</u>  <u>Wir dürfen hoffen ...</u> Kommunalpolitiker sprechen mit jungen Gewerbeschülerinnen Ein gutes Beispiel	59

\* \* \* \*  
\* \* \*

### Flammen an der Ruhr?

rd- "Es kann im Ruhrgebiet viel schneller ein Feuer aufflammen als man vermutet", erklärte Heinrich Gutermuth auf dem Gewerkschaftstag der Bergarbeiter in Essen, und die Bergarbeiter seien durchaus bereit, noch einmal in Bonn aufzumarschieren, um die Regierung wachzurütteln, in der man sich anscheinend weniger ernsthaft mit dem Schicksal der Kohle und der Bergarbeiter beschäftigt als in den Gewerkschaftsbüros. Dieser Attacke des Gewerkschaftsvorsitzenden war eine nüchterne und sachliche Analyse der prekären Lage des Steinkohlenbergbaus, seiner Absatzschwierigkeiten, Konkurrenzlage und ihrer sozialen Konsequenzen durch den Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Gewerkschaft, Heinz Kegel, vorgegangen. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, endlich die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Neuordnung des Bergbaues und Koordination der Energiewirtschaft zu berücksichtigen und eine dem Gebot der Stunde gerecht werdende nationale oder besser noch europäische Energiepolitik zu betreiben.

Ausgangspunkt wie Ergebnis der Untersuchung Kegels war das Versagen der privatwirtschaftlichen Unternehmenspolitik im Kohlebergbau, wie auch der Wirtschaftspolitik der Regierung, die es zur Bergbaukrise kommen ließen und in der Krise bis heute kein geeignetes Konzept fanden, um sie zu überwinden. Zur Debatte stand das Prinzip der individualistischen Marktwirtschaft, das den gesamtwirtschaftlichen Interessen in den Fragen der Energieversorgung und Sicherung der Energiereserven und schon gar den sozialen Erfordernissen im Bergbau nicht mehr entspricht.

Die Fakten? Seit vier Jahren Kohlenkrise - selbst die Hoch- und Überkonjunktur konnte sie nicht mildern. Noch immer liegen 16 Millionen Tonnen Kohle und Koks bei Zechen und Verbrauchern, obgleich seit dem Beginn der Krise fast 120 000 Bergarbeiter, d.h. ein Fünftel der Bergbaulegitimationen abgewandert oder entlassen worden ist. Zecken und Kokereien wurden stillgelegt - und nicht immer jene, die am unrentabelsten waren- während unrentable Betriebe am Leben erhalten werden. Es mangelt an einer gesamtwirtschaftlichen Flurbereinigung der Kohlenfelder, Zecken und Kokereien, an wirtschaftlicher Planung der Förderung, des Absatzes und der Energieverwendung, an Abstimmung der Energieträger Kohle, Erdgas und Erdöl, die man nach Ansicht der Gewerkschaft im Kampf um den

Marktanteil einer "ruinösen" Konkurrenz überlässt.

So wenig wie die auf das Prinzip liberaler Marktwirtschaft eingeschworene Politik der Bundesregierung, die den Steinkohlenbergbau "sich gesundschrumpfen" lassen will, eine Wende in der Krise erwarten lassen, so gering seien die Hoffnungen auf eine europäische Lösung, sagte Kegel. Die Aufteilung der Kompetenzen in der Energiepolitik der Institutionen der sechs europäischen Länder: für Kohle die Montanunion, für Atomenergie die Euratom-Behörde, für Gas und Öl die EWG-Kommission und dazu der Widerstreit der nationalen Interessen der beteiligten Länder, lassen keine baldige Lösung erwarten. Es bedürfe daher politischer Entscheidungen in unserem Land, einer Koordinierung der Energieträger und der Energieverwendung, wie sie in den USA, Kanada, England, Frankreich usw. bereits praktiziert würden, ohne dass man diesen Ländern einen besonderen Hang zum Dirigismus nachzusagen vermöchte.

Die Bergarbeiter fordern eine Energiepolitik und Energieplanung auf lange Sicht; ein Energieministerium, das an Hand eines Energiewirtschaftsgesetzes und mit Hilfe eines Energiewirtschaftsrates, in dem Erzeuger und Verbraucher tätig sein sollen, allen Energieträgern ihren gebührenden Platz zuweist. Sie wollen eine Zusammenfassung des gesamten Steinkohlenbergbaus unter gemeinwirtschaftlicher Verwaltung, zentraler Leitung und Verkaufsorganisation, die eine rationelle Gestaltung des Steinkohlenbergbaus ermöglicht.

Die Sorge um die wirtschaftliche Gestaltung im Steinkohlenbergbau, um die nationale Sicherung der Energiereserven ist identisch mit der Sorge um die soziale Existenz der Bergarbeiter. Die Regierungspolitik und die privatwirtschaftliche Unternehmenspolitik hat auf keinen dieser Bereiche Rücksicht genommen. Das ist es, was logisch zur scharfen Sprache der Gewerkschaft führte. Es klingt zwar hart, wenn von "Flammen an der Ruhr" die Rede ist, Besser aber, die in ihrer demokratischen Haltung nicht zu verdächtigende Gewerkschaft rüttelt Öffentlichkeit und Regierung wach, anstatt dass diese aufwachen, wenn die ihren Existenzsorgen überlassene Bergarbeiterschaft in die Hände jener gerät, die auf den Zusammenbruch der Demokratie in einer wirtschaftlichen Krise spekulieren.

\* \* \*

Im Kreuzfeuer

Die Abwertung der Gerstenmaier-Erklärung durch Adenauer und Ulbricht

sp - Die von Willy Brandt in seiner Freitag-Presserkonferenz zum Ausdruck gebrachte Zurückweisung der Abwertungsversuche von Gerstenmaiers Deutschland-Erklärung im Bundestag durch Dr. Adenauer und andere führende Persönlichkeiten der CDU war aus mehreren Gründen notwendig. Erstens galt es, der deutschen Öffentlichkeit deutlich zu machen, wer in der Bundesrepublik wieder einmal die Ansätze zu einer gemeinsamen Politik in den wichtigsten Fragen unserer Nation stört. Zweitens, weil die Abwertungsversuche der Gerstenmaier-Erklärung durch Adenauer eine inzwischen geradezu bestürzende Ergänzung durch die Angriffe Ulbrichts auf dieselbe Gerstenmaier-Erklärung erfahren haben.

Der Bundestagspräsident, dem der ganze Bundestag am 30. Juni 1961 Beifall zollte, wird also jetzt von zwei Seiten unter Feuer genommen.

Wir haben uns immer dagegen gewehrt, wenn Übereifrige einen Mann wie Adenauer mit einem Ulbricht gleichsetzen wollten, und wir tun es auch heute wieder. Aber hat der Bundeskanzler nicht einmal selbst daran gedacht, dass bei seinen ständigen Versuchen der Verhinderung einer gemeinsamen Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik die von Moskau und Pankow erzwungene und gewollte Teilung unseres Vaterlandes ergänzt wird durch die Aufwerfung eines Grabens auch im freien Teil Deutschlands? Hat sich Adenauer noch nicht überlegt, dass unter diesen Umständen sogar im befreundeten Ausland der Gedanke aufkommen könnte, die gegenwärtige Staatsführung der Bundesrepublik sperre sich absichtlich gegen die Gemeinsamkeit in der freien deutschen Willensbildung zur Überwindung der Spaltung Deutschlands?

Gewiss, die Motive eines Adenauer bei der Abwertung der Gerstenmaier-Erklärung sind nicht dieselben wie die Motive eines Ulbricht. Der politische Effekt bleibt leider derselbe.

Deswegen verstehen wir die innere Erregung von Willy Brandt, die in den Worten zum Ausdruck kommt:

"Der krampfhafteste Versuch, aus der Übereinstimmung im Bundestag eine Uneinigkeit zu machen, erscheint mir als eine parteiegoistische Wahltaktik, derer sich ihre Urheber schämen sollten. Hier wird mutwillig Porzellan zerschlagen in einer Situation, in der wir es uns am wenigsten gestatten können".

Es ist gut, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin am Donnerstag dieser Woche einstimmig eine Entschliessung angenommen hat, in der es sich auf die Rede des Bundestagspräsidenten bezog. Dadurch kann vielleicht wieder einiges von dem gutgemacht werden, was Adenauer - gedankenlos oder mutwillig - zerstört hat.

\* \* \*

Keine "Wehrbegeisterung", aber Wehrbereitschaft in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Wenige Tage nachdem Verteidigungsminister Dr. Karl Schleizer in einer Pressekonferenz wichtige personelle und organisatorische Änderungen in seinem Ministerium bekanntgegeben hatte, wurde die Öffentlichkeit auch mit neuen Verteidigungsanlagen - Bunkern und Panzersperren - an der sogenannten Brucker Pforte in der Nähe der tschechoslowakischen und ungarischen Grenze vertraut gemacht. Ein neutraler Staat, so erklärte kürzlich der sozialistische Staatssekretär im Landesverteidigungsministerium, Otto Rösch, in einem Gespräch, hält Verteidigungsmassnahmen nicht geheim, sondern sorgt im Gegenteil dafür, dass sie bekannt werden, damit eventuelle Angreifer wissen, ihr Angriff lohnt sich nicht, weil er auf zu grossen Widerstand stösst und damit eine strategisch ungünstige Verzögerung erfährt.

Österreich ist das einzige Land in der Welt, an dessen Grenzen sich sowohl NATO-Staaten als auch Staaten des Warschauer Paktes befinden. Man ist hier peinlich darauf bedacht, beide Seiten zu überzeugen, dass alles getan wird, um die Neutralität zu sichern. Diese - wie es in einem Verfassungsgesetz heisst - "immerwährende Neutralität" bedingt, völkerrechtlich gesehen, die Bereitschaft zur Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit des Landes. Im Falle eines grossen Atomkrieges ist eine solche Verteidigung ohnehin illusorisch, aber Österreichs Bundesheer, das 1955 entstanden ist, kann, wie Staatssekretär Rösch erklärt, die Grenzen "beschränkt verteidigen", das heisst mit ausreichendem Erfolg, wenn nicht gleichzeitig an allzu vielen Stellen Angriffe erfolgen.

Schon im Jahre 1945 hat die damalige provisorische Staatsregierung unter dem Sozialisten Dr. Karl Renner beschlossen, ein eigenes Bundesheer aufzustellen. Der sozialistische Generalmajor Franz Winterer, Präsident der Naturfreunde und der Arbeitersport-Organisation, wurde als Unterstaatssekretär für das Heerwesen damit beauftragt, und zwar auch mit den Stimmen der damals noch in der Regierung vertretenen Kommunisten. Am 30. November 1945 wurde jedoch dieser Beschluss vom Alliierten Rat annulliert. Heute tun die österreichischen Kommunisten so, als hätten sie vergessen, dass sie damals für ein österreichisches Bundesheer eingetreten sind.

Nach dem Abschluss des Staatsvertrages vom Mai 1955 war Österreich wieder selbständig und unabhängig und konnte ein eigenes Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufbauen. Die Dauer der Militärdienstpflicht beträgt neun Monate. Bei intensiverer Ausbildung könnte sie auf sieben Monate verkürzt werden.

Wie Staatssekretär Rösch dieser Tage feststellte, hat Österreich nunmehr die modernste Infanterie der Welt. Jeder österreichische Infanterist ist mit einem belgischen Sturmkarabiner, das ist ein sogenannter Gasdruckkarabiner, ausgerüstet. Auf hohem Stand befinden sich ferner die Artillerie- und Pioniereinheiten. Ausserdem verfügt das Bundesheer über moderne Panzer. Etwas problematisch sieht es hingegen bei den schweren Granatwerfern aus. Die Soldaten können dort nur mit At-trappen üben, haben also im Ernstfall keine Erfahrung mit scharfer Munition und sind somit eigentlich Selbstmordkandidaten. Auch gegen eine Verletzung der Lufthoheit gibt es keinen ausreichenden Schutz.

Für die Landesverteidigung stehen jährlich nur rund 1.9 Milliarden Schilling zur Verfügung, das sind etwa vier Prozent der Gesamtausgaben des Staates. Allein die Erhaltung der vorhandenen Waffen und Ausrüstungen kostet jährlich 520 Millionen Schilling. 35 000 bis 40 000 junge Österreicher im Alter von 19 Jahren werden alljährlich zum Wehrdienst eingezogen. Diese jungen Menschen sollen auch innerlich bereit sein, die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes zu schützen. Man hat auch aus diesem Grunde bewusst auf ein Berufsheer oder eine kasernierte Gendarmerie verzichtet, weil man keine "beamteten Neutralitätsverteidiger" haben wollte. Die Neutralität soll vielmehr im Bewusstsein aller Staatsbürger verankert sein, wie es beispielsweise in der Schweiz und in Schweden der Fall ist. Dieses Bewusstsein soll zur Wehrbereitschaft führen, während man auf eine gefühlbetonte "Wehrbegeisterung" grundsätzlich verzichtet.

Die beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, arbeiten auf dem nicht gerade populären, aber dennoch lebensnotwendigen Gebiet der Landesverteidigung einträchtig zusammen. Zwischen dem ÖVP-Landesverteidigungsminister Dr. Karl Schleinzler und dem SPÖ-Staatssekretär Otto Rösch herrscht ein gutes Einvernehmen. Wo es sachliche Fragen sachlich und zum Nutzen der Allgemeinheit zu lösen gibt, hat sich in Österreich eine solche Zusammenarbeit immer noch bewährt.

## Kassem's Griff nach Kuwait

Von Manfred von Juterzenka

Kassem - bisher noch rein verbale - Bedrohung Kuweits hat dem kleinen Ölscheichtum am Persischen Golf eine unerwartete weltpolitische Popularität verschafft. Sie kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel und erscheint bis heute in jeder Beziehung unmotiviert. Nach dem kürzlichen Besuch König Sauds bei seinem nördlichen Nachbarn Scheich Salam und der herzlichen Atmosphäre dieses Zusammentreffens musste es dem irakischen Staatschef klar sein, dass seine Ansprüche auf Kuwait sogleich eine heftige Gegenreaktion in Riad auslösen würde. Ebenso hätte Kassem, ohne Hellseher zu sein, voraussehen können, dass Nasser jeder Machtausweitung seines Bagdader nationalistischen Gegenspielers mit aller Entschiedenheit entgentreten würde.

Wäre der Irak, wie es in den ersten Tagen nach der Revolution vom Juli 1958 aussah, ein Teil der Vereinigten Arabischen Republik geworden, so hätte sich im Nahen Osten eine ganz andere Konstellation ergeben und Kuwait wäre heute tatsächlich bedroht, von den "Grossen" geschluckt zu werden. So aber darf Kassem nicht hoffen, irgendwo in der arabischen Welt Verständnis für seinen Schritt zu finden, er hat sich damit nur noch mehr in die Isolation drängen lassen als das arabische "enfant terrible".

Darüber sollte auch die letzte Entwicklung nicht hinwegtäuschen, dass Kairo gegen die Anwesenheit britischer Truppen in Kuwait protestiert hat. Zu diesem Schritt war Nasser schon deshalb gezwungen, um sein Gesicht als Idol des antiimperialistischen arabischen Nationalismus in den islamischen Ländern zu wahren. Ob jedoch Kassem's Vorgehen nur darauf abgestellt war, einen Keil zwischen die sich in den letzten Monaten anbahnenden guten Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Vereinigten Arabischen Republik zu treiben, erscheint ebenso spekulativ wie die Annahme, Kassem habe auf dem Umweg über gemeinsame Interessen am Dollarsegen des kleinen Scheichtums eine gemeinsame Plattform des ägyptisch-syrischen und des irakischen Nationalismus finden wollen.

Als mögliche Erklärung für das auf Grund der gegenwärtigen Lage im Nahen Osten so unlogische Verhalten Kassem's bleibt jedoch die Möglichkeit, dass der angedrohte Griff nach dem verlockenden Ölreichtum Kuweits innenpolitische Schwierigkeiten überdecken soll. Aber die Schwierigkeiten müssen schon sehr gross sein, wenn der gewählte Ausweg so steil und kurvenreich ist wie die Strasse nach Kuwait.

So vielschichtig und zugleich auch verfahren die Situation in Kuwait zur Zeit erscheinen mag, eines ist sicher: die Anwesenheit britischer Truppen ist problematisch, weil Kassem kaum einen offenen Konflikt gegen das Scheichtum mit seinen hinter ihm stehenden starken Verbündeten Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Republik wagen könnte. Rein militärisch wäre das ein überaus schwieriges Unterfangen, und ausserdem würde sich Kassem vor der gesamten islamischen Welt als der Autor des erniedrigenden Dramas von der inneren arabischen Zerrissenheit identifizieren.

Andererseits werden die zum Schutz Kuweits ausgeschifften britischen Soldaten noch lange sowohl den nationalistischen wie auch den kommunistischen Agitatoren reichlich Stoff geben, um auf die Gefahren der Zusammenarbeit mit den "westlichen Imperialisten" hinzuweisen, die sich mit Waffengewalt in innerarabische Angelegenheiten einmischen.

\* \* \*

Zeitgeschehen...

Wir dürfen hoffen...

A.K.- Es war ein Zufall, der in diesen Tagen zwei Kommunalpolitiker, der eine von der CDU und Hochschullehrer, der andere von der SPD und hauptberuflich mit der Kommunalpolitik beschäftigt, zusammenführte, um vor der Mädchenoberklasse einer Gewerbeschule in einer rheinischen Stadt jungen Menschen etwas über die Arbeit des Rates ihrer Stadt zu sagen. Beide verfügten aus dieser Tätigkeit im Rat über eine langjährige praktische Erfahrung.

Es begann - ganz ungewöhnlich und gar nicht so selbstverständlich heute - damit, dass der Kollege von der CDU, dessen Tochter diese Schule besucht, von dieser gebeten wurde, vor ihrer Klasse etwas über die Arbeit im Stadtrat zu berichten. Das schien ihm eine gute Sache, aber er war auch der Meinung, dass es richtig sei, wenn ein ebenso erfahrener und sachkundiger Kollege von der SPD mit dabei wäre. Das Einverständnis der Schule und mit dem Kollegen war schnell herbeigeführt. Und so standen beide, begrüßt von der Direktorin und der Klassenlehrerin, vor 25 jungen Mädchen, um mit ihnen "stadtbürgerliche" Fragen zu besprechen. Eine Einführung in die Aufgaben eines Stadtrates leitete über zur Aussprache.

Es war erstaunlich, wie nun die jungen Menschen, frank und frei von der Leber weg, ihre Fragen stellten, wie sie aufmerksam zuhörten und sich eifrig Aufzeichnungen von dem Gesagten machten. Es waren Fragen, die durch ihre Gedankentiefe überraschten und die direkt zielten auf die ganze Problematik gemeindepolitischen Geschehens: "Darf der Stadtverordnete von seiner Gemeinde ein Grundstück kaufen?", "Warum gibt es politische Parteien im Stadtrat und auch sogenannte Freie Wählervereinigungen?", "Wie kann man Mitglied einer politischen Partei werden, wie werden die Stadtratskandidaten aufgestellt und kann man selbst auch Stadtverordnete werden?", "Was ist die Aufgabe der städtischen Ausschüsse und welche Aufgaben hat der Oberbürgermeister oder der Oberstadtdirektor?" und dergleichen mehr. Den jungen Menschen



Rede und Antwort zu stehen, und sie hierbei noch mehr zu überzeugen von der Wichtigkeit, Lebendigkeit und Volksnähe gemeindepolitischer Arbeit erwies sich hier als eine dankbare Aufgabe.

Man wäre versucht zu sagen, das sei ein fast alltäglicher Vorgang, hier und da schon ähnlich und auch regelmässig gehandhabt, als ein Teil der staatsbürgerlichen Unterrichtung junger Menschen. Wir meinen aber, es ist **m e h r** gewesen: Beide Kommunalpolitiker, jeder von einer anderen Partei, haben nicht den leisesten Versuch gemacht, ihre eigenen politischen Überzeugungen bei ihrem Vortrag auszunützen. Sie haben sich nur von dem Gedanken leiten lassen, den jungen Menschen neben der guten Unterrichtung ein Beispiel von dem zu geben, was man Fairness nennt und von den Möglichkeiten des Neben- und Miteinanderwirkens in einem Gemeinwesen, ohne hierbei eigene politische Grundauffassungen von dieser Arbeit aufgeben zu wollen. **D a s** ist heute, da die politischen Gegensätze auch im Rat der Gemeinde oft hart aufeinanderprallen, ja wo solche Gegenschaften im besten Sinne des Wortes von der Sache her ausgetragen werden müssen, ein lobenswerter Beitrag zur Weckung und Festigung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen, von denen man sagt, dass sie oft so skeptisch und abweisend seien, wenn sie politisch angesprochen werden. Wie sich hier zeigt, zu Unrecht; es bedarf wohl nur des rechten Zuspruchs, um ihr Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu gewinnen. **D e n** jungen Menschen, die hier so willig und ungezwungen zuhörten und so wissbegierig waren, ist nur ein gutes Zeugnis auszustellen.

Wir dürfen hoffen, dass sich dieses kleine, so unscheinbar im politischen Alltag stehende Erlebnis in gleicher Weise noch des öfteren wiederholen möge. Der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik würde damit ein guter Dienst erwiesen.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel